

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 5

Artikel: Marginalia zu einer neuen revolutionären Situation
Autor: Vischer, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390054>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Marginalia zu einer neuen revolutionären Situation

Es braucht ein neues Zimmerwald und Kiental des Computerzeitalters!

Erst zwanzig Jahre sind vergangen, seit mit dem Zusammenbruch des Ostblocks die Politik- und Ökonomierezepte umgeschrieben wurden. Was als Ende der Geschichte angekündigt worden ist, entpuppte sich in den 90er Jahren als Fortsetzung der Ausbeutung mit verschärften Mitteln. Das neoliberale Paradigma torpedierte auch viele herkömmliche politische Blöcke. So wurde zum Beispiel die klassische Sozialdemokratie in England zu New Labour oder in Deutschland zur Hartz-IV-Partei.

Auch die Schweizer Politiklandschaft kam ins Wanken. Die Globalisierungsverlierer schlossen sich mit den Gewinnern in der neuen SVP zu einer nationalistischen Bewegung zusammen, auf die die SP und Teile der FDP und der CVP mit einer Fortschritts- und Offenheitsrhetorik und einer EU-Perspektive antworteten. Waren die herkömmlichen Parteistrukturen und StammwählerInnen-Gruppen bereits dann ins Wanken gekommen, so gerieten sie durch die gegenwärtigen Krisen vollends ins Rutschen.

Hier, in der Instabilität und in den Brüchen der ehemals festgefügt politischen Blöcke, sieht der grüne Nationalrat Daniel Vischer eine Chance für entscheidende Verschiebungen in der politischen Machtverteilung – zu Gunsten der Linken, wenn sie es denn ähnlich wie Lenin und seine GenossInnen 1916 im bernischen Zimmerwald schaffen würde, sich den Anforderungen der Zeit gemäss zu organisieren.

• Eine Situation gilt als revolutionär, wenn die Oberen nicht mehr können und die Unteren nicht mehr wollen. Ersteres ist derzeit zweifellos erfüllt. Die Oberen sind am Ende, können nur noch Milliarden von Steuergeldern in Unternehmungen pumpen und sie in pseudo-volkseigene Betriebe umwandeln, um die gänzliche Implosion zu verhindern, ohne zu wissen, was folgen wird. In den USA wird das Billionenprogramm Obamas berappt durch alle anderen. Als Währungsgewinnerin finanziert sich die USA nach wie vor durch Dritte, notabene auch durch uns.

Das Empire, das Konglomerat von globaler Finanz- und Militärmacht, an dem die westlichen Staaten unterschiedlich teilhaben (dominiert durch die USA, aber nicht identisch mit deren Staatsmacht, sondern horizontal strukturiert [IWF, Weltbank, NATO]), verfügt über keine Strategie der Zukunft mehr zur Lösung der aktuellen Weltkrisen – Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Umweltkrise, Energiekrise, Hungerkrise. Aber wir leben auch in einer globalen Politikkrise, in welcher die Rolle der Nationalstaaten, die sehr wohl wieder bedeutender werden können, und der UNO-Organisationen, die von selbsternannten Konfigurationen wie G7 oder G20 ausgehöhlt werden, nach einer neuen Bestimmung ruft.

Der gänzliche Zusammenbruch der Vormacht des westlich diktierten Globalsystems ist nicht mehr undenkbar. Vielleicht kann wie 1914 ein Funke alles zum Einstürzen bringen. Aber lassen wir uns nicht blenden und meinen wir nicht Staatsbeteiligungen seien in irgendeiner Weise sozialistisch. Auch Re-Regulierungen werden einzig zur Stabilität des «normalen» Funktionierens der Finanzmärkte installiert.

Es wäre mithin verfehlt, zu meinen, Neoliberale hätten in der jetzigen Baisse kein Interesse an neuen Regulierungen. Der grosse Finanzspekulant Georges Soros hat das als einer der ersten begrif-

fen. Am schlimmsten wäre es, wenn am Ende nur die Bezeichnungen änderten.

Aber es braucht auch den Unwillen der Unteren, sich nicht mehr so regieren zu lassen. Um beim Vergleich von 1914 zu bleiben: Erst 1917 entstand eine revolutionäre Situation, als die Unteren nach Millionen Toten auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges nicht mehr wollten. Und über Organisationen verfügten, die sie leiteten. Nicht nur im vorrevolutionären und revolutionären Russland die Bolschewiki, sondern auch zum Beispiel in Deutschland.

Wo sind heute die Anzeichen für eine solche Organisation der Unteren? Wie kann eine neue Kraft, bestehend aus bisherigen und/oder neuen Parteien oder Organisationen, neu konstituiert und gegründet werden? Was zu tun ist, können wir nirgends abschreiben. Historische Analogien sollen nur die Tiefe des möglichen Einbruchs markieren, vor dem wir stehen. Die gigantischen Vernetzungen im Computerzeitalter rufen nach neuen Antworten und Vorgehensweisen und einem neuen Typ von Politik – einer Politik der Interessenskonfrontation! Wer die globale Kombination von Umwelt- und Sozialpolitik mit einer gerechten Ressourcenverteilung ernst meint, muss damit rechnen, dass in den westlichen Zentren ein Wohlstandsverlust unumgänglich sein wird.

Auch in der Schweiz

Die Zeit der «Koalition der Vernunft» gegen die SVP, welche eine gewisse Globalisierungs- und EU-Euphorie vereinigte, ist vorbei. Das war noch möglich bis Ende der 90er Jahre, als nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die Vorstellung der edlen Globalisierung mit sozialer und ökologischer Abfederung sich als Modell des Fortschritts präsentieren konnte. 1989, das Fanal der neuen kapitalistisch-demokratischen Weltordnung hat freilich ein jähes Ende gefunden. Seit der zunehmenden

anti-angelsächsischen Kritik an der Globalisierung durch nationalrevolutionäre Regimes der Dritten Welt und globalisierungskritische Bewegungen im Westen wie Attac, Teile der französischen und deutschen Linken Ende der 90er Jahre, der sich in der Schweiz mehrheitlich die Grünen, die Gewerkschaften und Teile der SP anschlossen, hat auch hierzulande die Vorstellung, mit der EU eröffne sich ein neuer Horizont des sozialen und ökologischen Fortschritts, an Glanz verloren. (Es mag ein Zufall sein, aber vielleicht widerspiegelt der Rückzug von Bodenmann aus dem SP-Präsidium genau jenen Zeitpunkt: das Ende der SP als wirtschaftlicher Modernisierungsmotor).

Inzwischen ist das angelsächsische Wirtschaftssystem diskreditiert. Der Neoliberalismus hat Schiffbruch erlitten. Was keineswegs ausschliesst, dass eine modifizierte Form des Ultrakapitalismus mit starkem staatsmonopolistischem Zuschnitt alsbald auf die Bühne tritt. Das Gleiche trifft aber auch auf die von Blair beeindruckte und beeinflusste moderne westliche Sozialdemokratie zu. Ihr grosses soziales Umbauvorhaben, mit dem angeblich die Sozialwerke gesichert werden sollten, erwiesen sich als kruder Sozialabbau, in einem Umfang, den Kohl etwa in Deutschland nie hätte herbeiführen können und Chirac nicht herbeiführen wollte. Der Applaus kam denn auch von den Finanzmärkten. Hartz IV ist inzwischen mit Recht zum antisozialdemokratischen Schimpfwort geworden. Davon vermögen auch Münteferings und Steinbrücks Kraftmeiereien nicht mehr abzulenken. Die westliche Sozialdemokratie hat als Modell abgedankt. Was jetzt kommt, ist ungewiss. Die SP der Schweiz ist paradoxerweise noch die lebensfähigste neben der spanischen.

Erosion der alten politischen Zentren

Die Schweiz war nie ein Land des sogenannten rheinischen Kapitalismus,

wirtschaftlich immer eher angelsächsisch ausgerichtet, jedoch mit einem sozialpartnerschaftlichen Sozial- und Gesamtarbeitsvertragssystem sozial besser abgedeckt als ihr Ruf. Es fand nach 1990 kein zu Deutschland vergleichbarer Sozialabbau statt. Aber heute erodiert auch in der Schweiz mit dem Finanzplatz das politische Zentrum, das alte Machtkartell ist am Abdanken. Ein neues ist noch nicht in Sicht. In die Parteienwelt ist rasante Bewegung gekommen, die freilich noch zu wenig wahrgenommen wird.

Immer mehr zeigt sich, dass mit Ausnahme der SVP, die sich nun allerdings auch gespalten hat, alle übrigen Parteien viel heterogener sind, als sie tun und erscheinen. Und deshalb sind sie politisch kaum mehr führbar. Damit einher geht auch ein Mangel an tauglichen politischen Führungskräften. Arenatauglich sind viele, der Führung fähig wenige. Der Erfolg der SVP und auch der der Grünen hat das alte Parteiensystem ausgehöhlt und neue Gravitäten erzeugt. Summarisch lassen sich deshalb heute vier Blöcke beobachten, deren Substanz quer durch die meisten Parteien geht. Das macht die Sache bestimmt nicht einfacher, birgt in sich aber auch neue Perspektiven der List.

Ausser vielleicht in Teilen der SVP gehört kaum jemand in allen Fragen dem gleichen Block an. Zudem sind diese Blöcke Ausdruck innerer politischer Befindlichkeiten, weshalb sie sich nicht mehrheitlich im parlamentarischen Abstimmungsverhalten widerspiegeln, das meist parteipolitisch geprägt ist. Die Blöcke zeigen vielmehr Bruchstellen an, die innerhalb der Parteien situiert sind. Und sie zeigen auch, dass es «die Mitte» gar nicht gibt.

Der erste Block

Der von der SVP angeführte Rechtsblock mit einer Mischung aus Appetit auf absolute Deregulierung und dem nostalgischen Hang nach einem «Hei-

mat-Sozialismus für echte Schweizer», mehrheitlich abonniert auf Binnenmarktprotektionismus, auf fremdenfeindliche Anwallungen und ein Hoch auf das Auto als Allzweckwaffe der Freiheit sowie die Armee als Volkserziehungsanstalt. Solange die SVP die Steuerersenkungspartei ist, wird sie von den Reichen (oft nur heimlich) geliebt und von grossen Teilen des Mittelstandes, namentlich in den Agglomerationen und den städtischen Grossüberbauungsrändern, gewählt. Ob sie tatsächlich ArbeiterwählerInnen anzieht, ist umstritten, aber möglich, die Kampagnen gegen Fremdenhass wurden nie hauptsächlich von den traditionellen Gewerkschaftsmitgliedern mit Stimmrecht getragen.

Zusammen mit der SVP verschaffen diesem Block die rechten Teile von FDP und CVP zuweilen auch parlamentarische Mehrheiten. In Volksabstimmungen kann er auf 40 Prozent kommen. Wirtschaftspolitisch setzte auch *economiesuisse* sehr auf diesen Block. Dieser setzt ökonomisch auf das Gewerbe, die Landwirtschaft wie auf international ausgerichtete Grossbetriebe. Wenn die neuesten Entwicklungen nicht trügen, wird hier eine globalisierungskritische Haltung zunehmen. Nicht nur in der Kritik an Auslandsentsätzen ergeben sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln gewisse Koinzidenzen zum vierten Block.

Der zweite Block

Den zweiten Block bildet der klassische Wirtschaftsfreisinn, globalisierungsfreudig, angelsächsisch, heute Staatsinterventionen gegenüber zwar offen, aber rigoros gegen Regulierungen, Vorschriften gegenüber Unternehmungen (Bonidiskussion), gesellschaftspolitisch eher konservativ, aber nicht SVP-mässig reaktionär («Ausländer sind auch Menschen»). Eine NATO-Armee favorisiert dieser Block, auch gegenüber der Sozialpartnerschaft, soweit sie nicht zu weit

geht, ist er durchaus offen, die Gewerkschaften indessen schätzt er nur als Beruhigungsfaktor. Dieser Block ist heute nur noch in Umrissen vorhanden, das hängt mit dem Gewicht der SVP und dem Niedergang der FDP zusammen. Er könnte bei einer weiteren Spaltung der SVP jedoch sehr schnell grosse Dynamik entfalten. Der klassische Freisinn als «die Wirtschaftspartei» wird aber kaum mehr daraus hervorgehen. Ökonomisch dominieren die Grosswirtschaft, namentlich Finanzsektor und Pharmaindustrie. Natürlich muss dieser Block das Gewerbe genauso ansprechen wie FreiberuflerInnen.

Der dritte Block

Den dritten Block nenne ich den «Block der Modernisierer», in sich differenziert durch unterschiedliche Ansichten bezüglich sozialer und ökologischer Abfederungsgrade des kapitalistischen Selbstlaufes wie auch bezüglich emanzipatorischer Intensitäten. Grosso modo gilt immer noch die Ansicht, die EU sei ein sozialverträgliches, emanzipatorisches Projekt der Freiheit und der Zukunft, ebenso mit Abstrichen die Globalisierung.

Dieser Block ist derzeit führungslos. Hier tummeln sich FDP-Leute, CVP-FamilienpolitikerInnen und der SP-Mainstreamflügel, auch Grüne, sekundiert von allerhand Medienleuten, Publizisten wie Roger De Weck, die mitunter nach Führung schießen, ein Block, der eben gerade nicht postmodern ist, das heisst nicht in der Differenz denkt, sondern in einer falschen humanen Universalität, sich vielmehr ungebrochen fortschrittsgläubig modern gibt, und der immer noch mehrheitlich meint, das Hauptproblem der Schweiz seien die SVP und das Réduit, dem gegenüber stehe *Öffnung* als Chiffre für Fortschritt per se.

Dieser Block umfasst letztlich die mittelständischen westlichen BesitzstandswahrerInnen mit Herz, die Verständnis für die Armen auf dieser Welt haben,

aber sich vor den Barbaren fürchten, schon Chavez erzeugt bei ihnen Rückenweh, geschweige denn die Vorstellung, die Hamas als Wahlsieger anzuerkennen. Sie halten letztlich an der Formel fest, globale Demokratie nach westlicher Vorgabe und Kapitalismus schaffe den Weltfortschritt, wobei die innere Differenz einzig im Grad der sozialen und ökologischen Ausgestaltung des Kapitalismus besteht. Der dritte Block ist zwar gegen die Minarettinitiative, aber nur für einen fortschrittlichen Islam nach westlichen Vorgaben, und überhaupt für mehr Ordnung in den Städten. In ihm sammelt sich eine bestimmte Idee von Sozial-Engineering-Staat.

Dieser Block ist tendenziell der stärkste, aber nur mit dem vierten und Teilen des zweiten mehrheitsfähig. Ideologisch sind vor allem SP-Leute in ihm bestimmend, auch deshalb, weil FDP und CVP bezüglich Parteiideologie am Implodieren sind.

Der vierte Block

Den vierten Block machen die globalisierungskritischen RevolutionärInnen oder sagen wir SystemkritikerInnen. Namentlich diejenigen, die in der Evolution der Weltgesellschaft Brüche herbeiführen wollen. Brüche zu Gunsten der globalen Masse der Armen und Besitzlosen, der schöpferischen Singularitäten, des unteren emanzipatorischen Mittelstandes in den Metropolen und der ImmigrantInnen gleich welcher Ethnie und Religion. Sie paaren tendenziell sogenanntes nomadisches Denken mit dem Willen zur Organisation für den Widerstand gegen die Arroganz westlicher Allmacht und deren globalen Besitzstandsanspruch.

Natürlich geht es in diesem Block neben dem Wunsch nach neuen Verhältnissen auch um Besitzstandswahrungen: Im Allgemeinen vor allem für den «Umverteilungs- Sozial- und Ökologiegarantiestaat», gegen den Sozial-Engineering-Staat. Keineswegs staatsgläubig –

eher libertär oder sagen wir alt-politisch liberal. Wiewohl internationalistisch ausgerichtet, ist dieser Block eher öf-fnungskritisch, den Weltanspruch des Westens unterlaufend. Man ist deshalb froh um andere Modelle, seien es im Land die hier ansässigen Weltreligionen, seien es international jene Staaten, die den globalen Mainstream durchbrechen wie Venezuela, Kuba, aber auch China und Russland, ohne sie deswegen gut finden zu müssen. Dies in der Annahme, dass solche Regimes unter bestimmten Umständen global gesehen einer neuen gerechteren Weltordnung mehr dienen können als kapitalistisch-demokratische, die die derzeitige Weltordnung und den Weltbesitzstand (auch in der Energie- und Umweltzerstörung) erhalten. Im Vordergrund steht weiterhin der universale Einsatz für Menschenrechte und den Rechtsstaat – aber auf dem Hintergrund der Erkenntnis, dass es nicht der Westen ist, der bestimmen kann, wer wo und unter welchen Bedingungen die globale Umwälzung vorantreibt und wer wo welche Bewegung der emazipatorischen Umwälzung vorantreiben darf. Die europäische Aufklärung ist nur eine mögliche Weltsicht, entstanden in einer bestimmten historischen Entwicklung. Sie kann nicht zur globalen Lesart der Weltentwicklung werden. Jede Weltreligion geht den eigenen Weg der Emanzipation und Aufklärung, natürlich im wechselseitigen Dialog, auf gegenseitige Irritationen reagierend.

Den vierten Block stärken

Natürlich gibt es den vierten Block nicht, noch nicht als Block. Ihn zu konstituieren wird zur Herkulesaufgabe der nächsten Zeit, aber auch zur Chance. Dies gelingt nur, wenn klar wird, dass nicht der erste oder zweite Block das Problem bilden, sondern der dritte, der medial regiert und dabei ist, die Parteien auszuhöhlen, und über keinerlei Willen zur Macht verfügt, et-

was real zu verändern. Der dritte Block muss mithin entscheidend zu Gunsten des vierten geschwächt werden. Ohne diese Härte wird die Politik alsbald als Endlostalkshow implodieren. Der dritte Block verkörpert die Vermutung der Zukunft, der vierte die Wende! Ohne starken vierten Block ist der dritte im Übrigen auch gar nicht wirklich lebensfähig, weil er nur von dort seine ideellen und personellen Ressourcen bezieht.

Die Chance war noch nie so gut für einen neuen vierten Block – ohne SektierInnen, ohne Nostalgie, nicht sozialmuseal. Im Auftreten hypermodern, dem neuen Paradigma der Computergesellschaft gerecht werdend.

Die Frage könnte heute lauten: Was sind angesichts der globalen Finanzkrise, des beginnenden Wirtschaftskrieges, der neuen Massenarmut, der globalen Energie- und Umweltkrise, der neuen Migrationsströme und der Festung Europa die neuen Formeln wie zum Beispiel weiland 1915/1916 in Zimmerwald und Kiental? Einfache Antworten gibt es nicht, vorerst stellen sich Fragen wie die folgenden: Liegt die Zukunft in der Globalisierung mit neuer Weltregierung oder in einer Reterritorialisierung mit regionalen Schwerpunkten der verschiedenen Weltkulturen: Chinamerika oder multipolare Weltordnung? Wer kontrolliert künftig das internationale Finanzsystem? Ist die Festung Europa zu halten? Wer erfindet den neuen Sozialstaat des Sozialausbaus der multipolaren Lebensverhältnisse? Wer setzt wie durch, dass alle Länder Energie nur anteilmässig pro Kopf an der Weltbevölkerung verbrauchen dürfen? Welche Rolle kann ein neuer Schweizer Finanzplatz spielen? Als Frage bleibt heute: Wer lädt ein, wen? ●

*Daniel Vischer ist Nationalrat der Grünen und mag Leute, die das eigene Lager nicht aushalten, die Antwort der Verlierer, die Schweiz als Land heterogener Kulturen und Religionen.
(daniel.vischer@parl.ch)*